



Busverkehr in der Fläche kostet Geld. Ohne Einnahmen aus dem Ticket-Verkauf geht es nicht.
Foto: Kreis Rendsburg-Eckernförde

Busverkehr wird ausgedünnt

Deutschland-Ticket gefährdet Angebot im Nahverkehr

Mit dem neuen Deutschland-Ticket kann man seit dem 1. Mai für 49 Euro im Monat bundesweit den Nahverkehr nutzen. Für viele Pendler ist das eine erhebliche Entlastung. Doch das Geld fehlt für die Finanzierung eines ausreichenden Angebotes. In Schleswig-Holstein werden erste Buslinien bereits gestrichen.

Ausgerechnet zu Beginn des bundesweiten Deutschland-Tickets teilte der Kreis Rendsburg-Eckernförde mit, dass ab August auf acht von ihm betriebenen Buslinien Angebotseinschränkungen gelten werden, weil die Nachfrage nur gering sei. Diese Verbindungen waren erst im Januar 2021 neu geschaffen worden, um auch den ländlichen Bereich besser in das öffentliche Nahverkehrsnetz zu integrieren. Jetzt wird das ländliche Busnetz wieder ausgedünnt, um Kosten zu sparen. Ein Dilemma, vor dem künftig auch weitere Kreise und das Land in Schleswig-Holstein stehen werden. Denn durch das Deutschland-Ticket fehlt Geld, mit dem das Angebot in der Fläche bezahlt werden kann.

Gerade in Schleswig-Holstein gibt es viele Pendler, die täglich weite Strecken mit Bus und Bahn zur Arbeit zurücklegen. Sie haben früher teilweise mehrere hundert Euro für ein Monatsticket zur Fahrt nach Hamburg bezahlt. Jetzt sind es nur noch 49, als Jobticket sogar nur 17 Euro im Monat, mit denen man bundesweit fahren kann. Doch diese Preisdifferenz fehlt dem Land und den

Kreisen jetzt als Einnahme, um den Verkehr finanzieren zu können.

Wie die Einnahmeausfälle vom Bund langfristig kompensiert werden sollen, ist bislang noch gar nicht geeinigt. Erst einmal gibt es nur eine kurzfristige Lösung. Klar ist aber auch, dass zum heutigen Stand in Schleswig-Holstein bis 2030 etwa 2,5 Milliarden Euro fehlen, um den vom Landtag beschlossene Nahverkehrsplan umsetzen zu können.

Man muss kein Hellseher sein, um festzustellen, dass sich so die hochtrabenden Pläne zur Erweiterung des Bus- und Bahnangebotes nicht finanzieren lassen. Viel schlimmer noch: Es muss gespart werden an Betrieb und Infrastruktur. Also wird das Angebot in der Qualität schlechter bei einer gleichzeitigen Zunahme an Fahrgästen durch die günstigen Preise. Doch wer will in überfüllten und verdreckten Bussen und Bahnen auf dem Weg zur Arbeit stehen?

Noch schlimmer sieht es für den ländlichen Raum aus: Wo kein Bus hält, nutzt auch der günstigste Fahrpreis nichts! Es muss nicht nur weiter das teure Auto genutzt werden, sondern die Dorfbewohner müssen zusätzlich mit ihren Steuergeldern für die Subventionierung der Jobtickets der Landesbeschäftigten in den Städten bezahlen.

Rainer Kersten
rainer.kersten@steuerzahler.de

Sie lesen in diesem Nord-Kurier



Christian Sommer (Bild) ist Personalratsvorsitzender im Finanzamt Plön und aktives Mitglied der Deutschen Steuer-Gewerkschaft. In seinem Gastbeitrag für den Nord-Kurier beschreibt er eindrucksvoll die Probleme, die in Schleswig-Holsteins Finanzämtern mit der Abwicklung der Grundsteuerreform bestehen. Unumwunden räumt er ein, dass in den Finanzministerien der Beratungsbedarf zu den Erklärungen und auch die erforderliche technische Unterstützung erheblich unterschätzt wurden. Jetzt stehe die Finanzverwaltung kurz vor einem Kollaps. Die Flut an Einsprüchen drohe die Bewertungsstellen zu lähmen. Er fordert – ebenso wie der Bund der Steuerzahler – die Grundsteuerbescheide als vorläufig zu kennzeichnen und dieses auch medienwirksam zu kommunizieren, damit die Bewertungsstellen in der Einspruchsflut nicht untergehen.

Gastbeitrag auf Seite 3

Bordesholm ist autark

BdSt-Mitglieder informierten sich über Energiewende

Bordesholm ist bei der Stromversorgung aus erneuerbaren Energien autark und könnte damit auch einen überregionalen Stromausfall verkraften. Bei der Umsetzung der politischen Zielvorstellungen zur Wärmewende gibt es aber noch große Fragezeichen. Das erfuhren Mitglieder des BdSt bei einer Informationsveranstaltung mit Frank Günther, dem Geschäftsführer der Versorgungsbetriebe Bordesholm.

Die gute Nachricht zuerst: Sollte es zu einem großflächigen Stromausfall kommen, könnte sich die Bordesholmer Stromversorgung vom Verbundnetz trennen und autark mit erneuerbaren Energien weiter betrieben werden. Möglich macht dies ein Batteriespeicher mit einer Kapazität von 15 Megawattstunden, der im Mai 2019 an der Bordesholmer Bahnhofstraße in Betrieb gegangen ist. Seine Batterien werden immer dann aufgeladen, wenn die erneuerbaren Energieträger in Bordesholm mehr Leistung liefern als aktuell im Netz gebraucht wird. Umgekehrt gibt der Batteriespeicher Leistung ab, wenn der Stromverbrauch höher als das Angebot ist. Technisch ist die Aufgabe einer autarken Stromversorgung nicht trivial, erläuterte Frank Günther. Denn im Stromnetz muss immer genau so viel Energie bereitgestellt werden wie zum selben Zeitpunkt verbraucht wird, damit die Frequenz von 50 Hertz gehalten werden kann. Schaltvorgänge, um dieses sicherzustellen, müssen im Millisekundenbereich funk-

tionieren. Mithilfe von Fördergeldern und unter wissenschaftlicher Begleitung durch die Technische Hochschule Köln hat Bordesholm bewiesen, dass solche Lösungen auch im ländlichen Raum möglich sind.

Für die Steuerzahler und Stromkunden in Bordesholm ist besonders erfreulich, dass dieser Batteriespeicher im Alltagsbetrieb sogar Geld verdient. Dann verbinden sich die Versorgungsbetriebe nämlich mit dem europaweiten Verbundnetz und bieten ihren Batteriespeicher an, um den Netzausgleich herzustellen.

Wesentlich kritischer sah Günther allerdings die Umsetzung der Pläne zur Wärmewende. Fern- oder Nahwärmenetze lassen sich nur an wenigen Standorten wirtschaftlich betreiben. Die Umstellung eines durchschnittlichen Einfamilienhauses auf Heizung und Warmwasser durch Erdwärme kostet nach den Berechnungen der Versorgungsbetriebe rund 80.000 Euro. Dieses ist für viele Eigentümer nicht finanzierbar. Noch überhaupt nicht kalkuliert seien die Kosten für ein leistungsfähigeres Stromnetz und der Rückbau der Erdgasleitungen. So können die politischen Ziele nicht erreicht werden, folgerte Günther. Für ihn liege die Lösung in einem größeren Mix der Energieträger, bei denen das vorhandene Gasleitungsnetz für die Wärmeversorgung weiterhin genutzt werde.

Rund 30 Mitglieder des Bundes der Steuerzahler aus der Umgebung waren der Ein-



Frank Günther, Geschäftsführer der Versorgungsbetriebe Bordesholm, zeigt den Batteriespeicher, mit dem die Versorgung autark aus erneuerbaren Energien sichergestellt werden kann.

ladung des Bezirksverbandes Neumünster / Segeberg gefolgt, sich aus erster Hand über Alternativen bei der Energie- und Wärmeversorgung zu informieren und die Konsequenzen zu diskutieren. Denn es gebe keinen Zweifel, dass die Energie- und Wärmeversorgung ihren Beitrag zur CO₂-Reduzierung erbringen müsse, sagte Bezirksbeiratsvorsitzender Hans-Peter Küchenmeister gleich zur Begrüßung. Aber ebenso müssten Vorsorgegedanken zur Sicherheit der Energieversorgung beachtet werden.

Rainer Kersten

rainer.kersten@steuerzahler.de



Ludger Fertmann †

Am 19. April verstarb in Olpe (Sauerland) überraschend Ludger Fertmann im Alter von 72 Jahren. Der Vollblutjournalist war seit vielen Jahrzehnten die gestaltende Hand im Hintergrund für unsere Landesbeilage „Nord-Kurier“. Ludger Fertmann hat es

in hochprofessioneller Weise verstanden, die Manuskripte verständlich zu redigieren und dabei auf den Punkt zu bringen, die Seiten optisch ansprechend zu gestalten und unserer Zeitschrift damit ein Gesicht zu geben. Auch die Kolumne „Blick durch den Norden“ stammte jeweils aus seiner Feder. Für die ganze Redaktion war Ludger Fertmann ein wohlwollender Ratgeber, dem die

Anliegen des Bundes der Steuerzahler besonders am Herzen lagen. Ludger Fertmann kam in den 1980er Jahren nach Kiel, wo er sich mit einem Redaktionsbüro selbständig machte. Hier leitete er mehrere Jahre auch die Landespressekonferenz. Überregional bekannt wurde er durch seine Recherchen in der Barschel-Affäre, mit denen er viele wichtige Vorkommnisse aufdeckte. Später wechselte er beruflich und privat nach Hannover, um den Ruhestand dann in seinem Elternhaus in Olpe zu verbringen. Stets blieb er dem „Nord-Kurier“ als Autor und Gestalter verbunden. Er hat maßgeblich die Qualität unserer Landesbeilage geprägt. Dafür und für die vielen gewinnbringenden Gespräche sind wir Ludger Fertmann sehr dankbar und denken gerne an die gemeinsame Zeit zurück. Unser Mitgefühl gilt seinen Angehörigen.

Roger H. Müller und Rainer Kersten

Die Grundsteuerreform – eine unendliche Geschichte

Am 31.01.2023 war es soweit, das erste Kapitel der Grundsteuerreform ist geschrieben. Das Land Schleswig-Holstein geht den bundesweiten Weg (mit Ausnahme Bayerns) und gewährt keine weitere Fristverlängerung. Und so ist die offizielle Frist zur Abgabe der Grundsteuererklärung abgelaufen.

Die Arbeitsbelastung der Kolleginnen und Kollegen in den Bewertungsstellen hat damit ihren ersten Höhepunkt erreicht. Wie sich zeigt, wurde in den Finanzministerien der Beratungsbedarf zu den Grundsteuererklärungen und auch die erforderliche technische Unterstützung erheblich unterschätzt. Trotz (verspätet) eingeleiteter Gegenmaßnahmen wie Infoabende, Schritt-für-Schritt-Anleitungen, Grundsteuer-Homepage und vieles mehr, war und ist die Verunsicherung bei Immobilienbesitzern groß. Diese hat zu einem schier nicht zu bewältigenden Telefonaufkommen geführt. Viele der Kollegen der Bewertungsstellen fühlten sich wie im Call-Center. Telefon, Email, Briefe, persönlich (oftmals ohne CleverQ-Termin) – die Grundstücksbesitzer haben in jeder denkbaren Form den Kontakt zu den Finanzämtern gesucht. „Die Finanzverwaltung steht kurz vor dem Kollaps. Die Gründe sind vielfältig. Aber der Hauptgrund ist die Erklärung“, diagnostizierte der Vorsitzende der Deutschen Steuergewerkschaft, Florian Köbler im Januar. Daher soll an dieser Stelle der Dank ausdrücklich den Kollegen der Bewertungsstellen gelten, die mit ihrer unermüdlichen Arbeit den Weg überhaupt erst geebnet haben, damit ein Großteil der Grundsteuererklärungen bei den Finanzämtern eingegangen ist. Mit Stand 31.01.2023 haben es in Schleswig-Holstein circa 78% aller Immobilienbesitzer geschafft, die erforderliche Grundsteuererklärung einzureichen. Bei gut 1,3 Millionen Grundstücken fehlen damit aber nach wie vor 286.000 Grundsteuererklärungen. Ein Durchatmen ist also keinesfalls möglich. Im Gegenteil, auch die fehlenden Grundsteuererklärungen führen zu Nachfragen durch die Grundstücksbesitzer oder deren Steuerberater und die Grundstücksbesitzer, welche es geschafft haben, ihre Grundsteuererklärung fristgerecht ein-

zureichen, werden in naher Zukunft ihren Grundsteuerwert- und Grundsteuermessbescheid in Händen halten und zu einem großen Teil das tun, was die Medien propagieren. Einspruch einlegen. Ganz oft ohne Begründung und pauschal gegen alles, weil Eigentümerverbände und Steuerexperten

Gastbeitrag



Christian Sommer ist Personalratsvorsitzender im Finanzamt Plön und aktives Mitglied der Deutschen Steuer-Gewerkschaft.

öffentlichkeitswirksam dazu auffordern. Die Finanzministerien können die Einspruchsflut nach wie vor nicht korrekt zahlenmäßig verorten, da viele Einsprüche noch nicht in der Datenbank Rechtsbehelfe erfasst werden konnten. Florian Köbler warnte rechtzeitig vor den Folgen der Reform. „Sowohl die Finanzverwaltung als auch die Steuerberaterinnen und Steuerberater sind wegen der Grundsteuerreform und den Entlastungspaketen der Bundesregierung schon jetzt am Limit.“ Es ist klar, dass die Bewertungsstellen die Grundsteuerreform nicht aus eigener Kraft werden meistern können. Die Flut an Einsprüchen droht die Bewertungsstellen zu lähmen. Unterstützungsleistungen anderer Dienststellen werden zu verlängerten Bearbeitungszeiten von Einkommensteuererklärungen, Betriebsprüfungen usw. führen. Wir als DStG erwarten von der Politik klare Vorgaben für die Abarbeitung der Grundsteuererklärungen und für den Umgang

mit den noch fehlenden Erklärungen. Fakt ist, im Sommer 2024 benötigen die Kommunen Klarheit über die Grundsteuermessbescheide, damit sie ihre Hebesätze anpassen können. Ist das nicht möglich, droht den Kommunen schlicht das Licht auszugehen. Die Grundsteuer ist für die ohnehin oftmals defizitären Kommunalkommunalhaushalte überlebenswichtig. Die Politik muss klar erreichbare Ziele definieren und rechtzeitig gegensteuern, wenn diese nicht erreicht werden können.

Wir fordern, die Grundsteuerbescheide als vorläufig zu kennzeichnen und dies auch medienwirksam zu kommunizieren, damit die Bewertungsstellen in der Einspruchsflut nicht untergehen.

Wir fordern eine bessere Pressearbeit seitens der Finanzministerien. Viele Grundstücksbesitzer reichen pauschal einen Einspruch ein, ohne genaue Gründe benennen zu können. Es wird einfach auf der Protestwelle mitgeschwommen. Welches Ziel verfolgt da der Einspruch? Es gilt einen Stillstand der Grundsteuerreform, verursacht durch Masseneinsprüche und Klageverfahren, zu vermeiden!

Allen Kollegen, die in ihrer täglichen Arbeit direkt oder indirekt von der Grundsteuerreform betroffen sind, wünschen wir ein gutes Durchhaltevermögen! Auch diese Reform wird ihren Abschluss finden – wie steinig der Weg dahin wird, entscheiden die politischen Verantwortungsträger.

*Christian Sommer
Finanzamt Plön, Personalratsvorsitzender*

Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DStG)

Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft ist die Fachgewerkschaft der Mitarbeiter in der Finanzverwaltung. Sie vertritt die Interessen von Beamten, Tarifbeschäftigten und Ruheständlern aus diesem Bereich. Als Mitgliedsgewerkschaft im Deutschen Beamtenbund beteiligt sie sich auch an Tarifverhandlungen. Der Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein pflegt einen guten Kontakt zum Landesverband der DStG.

Blick durch das Land

Schleswig-Holstein hat gewählt. Es waren „nur“ die Kommunalwahlen, könnte man einwenden. Doch man kann es auch genau andersherum sehen: Auf keiner anderen Ebene werden demokratische Entscheidungen so dicht an den Bürgern gefällt. Die Kommunalvertretungen entscheiden über die Fragen, die die Bürger unmittelbar in ihrem Alltag betreffen.

Dabei geht es natürlich auch um Geld! Denn nirgendwo sonst kann man so direkt erleben, dass Zusagen an den örtlichen Sportverein oder eine Straßensanierung nur möglich sind, wenn auf der anderen Seite dafür auch die Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Kommunalpolitik wird an vielen Orten noch so gemacht wie die Kasensführung der privaten Haushalte auch: Nur wenn Geld im Portmonee ist, kann man davon auch etwas kaufen.

Kommunalpolitiker leiden dabei oft unter den Entscheidungen auf Landes- und Bundesebene. Dort werden den Bürgern große Versprechungen gemacht, die dann von der untersten Verwaltungsebene eingelöst werden sollen – nur ohne das Geld dafür zur Verfügung zu stellen! Das beginnt bei den Standards für die Kinderbetreuung, setzt sich über die Aufgaben als Schulträger fort und endet nicht zuletzt auch bei der Klimapolitik. Auch hier sollte der alte Grundsatz gelten, dass derjenige, der die Musik bestellt, anschließend auch die Rechnung bekommt.

Doch ganz so einflusslos, wie sie es oft behaupten, sind unsere Kommunalpolitiker bei diesen Entwicklungen nicht. Zwar gibt es traditionell in Schleswig-Holstein viele Wählergemeinschaften, aber auch die Par-



teien, die in Kiel und Berlin Regierungen stellen, sind in den Kommunen stark vertreten. Darum können und sollten sie ihren

parteipolitischen Einfluss dazu nutzen, den Damen und Herren in den Landes- und Bundesparlamenten einmal kräftig auf die Füße zu treten. Das Druckmittel liegt dabei auf der Hand: Schließlich ist es die Parteilbasis, die bei der nächsten Landtags- oder Bundestagswahl die Kandidaten auswählt und die Plakate klebt. Wer so viel für die späteren Abgeordneten tut, kann auch selbstbewusst Forderungen stellen. Dabei liegt es doch nahe, eine Überforderung der kommunalen Ebene auszuschließen.

Apropos Überforderung: In vielen Gemeinden Schleswig-Holsteins spielt die Zweitwohnungssteuer für die Finanzierung der kommunalen Aufgaben eine große Rolle. Mit dem Urteil zur Grundsteuer durch das Bundesverfassungsgericht mussten auch die Zweitwohnungssteuersatzung angepasst werden. Doch in zahlreichen Gemeinden ist man hier deutlich über das Ziel hinausgeschossen: Teilweise haben sich die Steuerforderungen mehr als verdoppelt! Aus Sicht der Kommunalparlamente mag das rational sein: Hier hat man scheinbar eine Kuh gefunden, die man ungestraft melken kann. Die Zweitwohnungsbesitzer müssen zwar kräftig zahlen für den Gemeindehaushalt, dürfen die Vertretung aber nicht mitwählen. Doch da kommt immer noch etwas nach, wie der Volksmund sagt. Denn eine Kuh, die man melken will, muss man auch füttern. Und längst nicht alle Besitzer von Zweitwohnungen sind auch reich und einkommensstark. Viele Rentner haben sich in Schleswig-Holstein einen schönen Zweitwohnsitz zugelegt. Diese sollte man nicht verprellen, sondern in die Arbeit der Gemeinden mit einbeziehen.



Hans-Georg Malü verstorben †

Am 14. April verstarb unser ehemaliger Schatzmeister, Hans-Georg Malü, im 89. Lebensjahr. Als junger Steuerberater trat er

bereits 1960 dem Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein bei. Über seine Kanzlei in Kiel-Pries bot er Mitgliedern des BdSt steuerrechtliche Erstauskünfte am Telefon

an. Hans-Georg Malü wurde 1972 als Beisitzer in den Vorstand des Landesverbandes Schleswig-Holstein gewählt. Von 1973-1984 war er unser Schatzmeister. Auch über sein Ausscheiden aus dem Berufsleben hinaus blieb Hans-Georg Malü dem Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein eng verbunden. Wir gedenken Hans-Georg Malü mit großem Dank und Anerkennung. Unser Mitgefühl gilt den Hinterbliebenen.

BdSt intern

In diesem Jahr finden in allen Kreis- und Bezirksverbänden die Mitgliederversammlungen des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein e.V. statt. Vorstand und Geschäftsführung berichten, für die Mitglieder besteht Gelegenheit, auch eigene Anregungen und Vorschläge einzubringen.

Außerdem werden überall ehrenamtliche Beiräte gewählt. Hinzu kommen Wahlen der Delegierten für die Jahreshauptversammlung. Folgende Termine stehen bereits fest:

7.6.2023, Bezirksverband Flensburg / Schleswig, Freienwill Krug, Freienwill

14.6.2023, Kreisverband Lauenburg, Hotel Gothmann, Breitenfelde

27.06.2023, Bezirksverband Neumünster / Segeberg, Kaisersaal, Bad Bramstedt

29.06.2023, Bezirksverband Lübeck / Stormarn, Restaurant Hauck, Hamberge

Alle Mitglieder erhalten eine persönliche Einladung per Post.

Bereits stattgefunden haben die Mitgliederversammlungen in Steinburg, Rendsburg-Eckernförde, Plön, Kiel, Dithmarschen, Pinneberg und Nordfriesland. Hier konnten wir neue Mitglieder für die Kreis- und Bezirksbeiräte sowie Delegierte für unsere Jahreshauptversammlung gewinnen. Darüber freuen wir uns sehr. Alle neuen Gremienvertreter heißen wir sehr herzlich willkommen!

Impressum

Herausgeber: Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein e.V., www.steuerzahler-sh.de

Redaktion: Rainer Kersten, Lornsenstr. 48, 24105 Kiel, Tel. 04 31/99 01 65-0, Fax 99 01 65-11, E-Mail: schleswig-holstein@steuerzahler.de

Verlag: BdSt Steuerzahler Service GmbH, Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin

Verantwortlich: Roger H. Müller, Rainer Kersten

Erscheinungsweise: 10 x jährlich als Beilage von Der Steuerzahler

Auflage: 7.000, 52. Jahrgang, 6/2023

Anzeigenverwaltung: Nord-Kurier Verlag u. Werbegesellschaft mbH, Lornsenstr. 48, 24105 Kiel

Konzeption & Gestaltung: J. Holz, www.diegestalten.com, Mainz

Satz: LINE Media Agentur, E-Mail: info@linemedia.de, Tel. 0 43 34/18 91 18

Druck & Versand: Dierichs Druck Media GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel